

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Inhaltsübersicht	VII
Literaturverzeichnis	XXXIII
Musterverzeichnis	XXXVII
§ 1 Das Scheidungsverfahren	1
A. Die Grundstrukturen des Scheidungsverfahrens	1
I. Entstehungsgeschichte	1
1. Die ursprüngliche Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches	1
2. Das Ehegesetz vom 6.7.1938	2
3. Das erste EheRG vom 14.6.1976	3
4. Die Reform des Verfahrens in Familiensachen – FamFG	4
B. Die Grundstruktur des FamFG	5
C. Die Rolle von Rechtsanwalt und Notar im Familienrecht	7
I. Die Rolle des Rechtsanwalts	7
1. Vorbemerkung	7
2. Die Grundsätze der Haftung	8
3. Die Pflichten aus dem Anwaltsvertrag	9
II. Die Rolle des Notars	11
1. Grundsätze	11
2. Sachverhaltsaufklärung	12
3. Belehrungspflicht	12
4. Ausländisches Recht	15
5. Nachweis von Belehrungen	16
6. Notargebühren	17
7. Tätigkeitsbeschränkungen des Notars	19
a) Sachliche Beschränkung	19
b) Verwandtschaft und Schwägerschaft	19
aa) Verwandtschaft	20
bb) Schwägerschaft	21
D. Der Ehescheidungsantrag	22
I. Rechtliche Grundlagen	22
1. Anwendung deutschen Rechts	22
2. Scheitern der Ehe	22
3. Sonderfall: Aufhebung der Ehe	24
II. Muster: Ehescheidungsanträge	25
1. Ehescheidungsantrag, einvernehmliche Scheidung	25
2. Anmerkungen zum Muster	27
3. Streitige Scheidung	28
4. Ehescheidungsantrag, drei Jahre Getrenntleben	30
5. Scheidungsantrag des Antragsgegners	31
6. Zustimmung zum Scheidungsantrag	32

7. Antrag auf Abweisung des Scheidungsantrags	32
8. Antrag auf Aufhebung der Ehe	33
E. Der Versorgungsausgleich	35
Literatur zum Versorgungsausgleich:	35
I. Rechtliche Grundlagen	36
1. Rechtslage bis zum 31.8.2009	36
2. Rechtslage ab dem 1.9.2009	36
II. Typische Sachverhalte	42
1. Kurze Ehedauer, Antrag nach § 3 Abs. 3 VersAusglG	42
2. Vereinbarung externer Teilung mit dem Versorgungsträger der ausgleichs-	
pflichtigen Person und Angabe einer Zielversorgung, § 15 Abs. 1 i.V.m.	
§ 14 Abs. 2 VersAusglG	43
3. Antrag auf Durchführung des Versorgungsausgleichs trotz Geringfügig-	
keit i.S.d. § 18 VersAusglG	43
4. Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen ausländischer Versorgung,	
§ 19 Abs. 3 VersAusglG	43
5. Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen Vereinbarung	43
6. Antrag auf Ausschluss des Versorgungsausgleichs wegen Unbilligkeit,	
§ 27 VersAusglG	44
7. Antrag auf Anpassung wegen Unterhalt, §§ 33, 34 VersAusglG	44
III. Checkliste: Versorgungsausgleich	44
1. Überprüfung der Richtigkeit und Vollständigkeit der Auskünfte	44
a) Einbeziehung privater Lebensversicherungen und von Anrechten der	
betrieblichen Altersversorgung/Kapitalwahlrecht	45
b) Betriebliche Altersversorgung	46
2. Ehezeitanteil der Versorgung	47
a) Ehezeit	47
b) Ermittlung des Ehezeitanteils	47
c) Ermittlung des Ausgleichswertes	47
3. Fehlende Ausgleichsreife, § 19 VersAusglG?	48
4. Unverfallbarkeit der Versorgungsanrechte, § 19 Abs. 2 Ziff. 1	
VersAusglG	48
a) Auf eine abzuschmelzende Leistung gerichtete Anrechte, § 19 Abs. 2	
Ziff. 2 VersAusglG	49
b) Unwirtschaftlichkeit des Versorgungsausgleichs, § 19 Abs. 2	
Ziff. 3 VersAusglG	49
c) Anrechte bei einem ausländischen, zwischenstaatlichen oder über-	
staatlichen Versorgungsträger, § 19 Abs. 2 Ziff. 4 VersAusglG	50
5. Dynamik der Versorgung	51
6. Überschreiten des Höchstbetrages	51
7. Ausschluss oder Beschränkung wegen grober Unbilligkeit	51
8. Ausgleichsansprüche nach der Scheidung	52
9. Vereinbarung über den Versorgungsausgleich, §§ 6 – 8 VersAusglG	53
10. Antrag auf Durchführung des VA trotz Ehedauer von weniger als	
3 Jahren?	55

11. Verhandlungen mit dem Versorgungsträger über den Ausgleich eines Anrechts durch externe Teilung?	56
12. Einschränkung der Notwendigkeit von Anpassungsanträgen, § 32 ff. VersAusglG	57
a) Anpassungsfähige Anrechte	57
b) Anpassungsanträge in der Zuständigkeit der Versorgungsträger	58
c) Aussetzung der Kürzung wegen Unterhalt durch das Familiengericht, §§ 33, 34 VersAusglG	59
IV. Formulare	61
§ 2 Kindschaftsrecht	71
A. Kindesunterhalt	71
I. Grundstruktur des Kindesunterhalts	71
1. Entstehungsgeschichte des Kindesunterhalts	71
2. Neuerungen durch Gesetzesreformen	72
3. Prüfungsschema für Unterhaltsansprüche	73
II. Die Bestimmung des Unterhalts nach Art und Zeit	75
1. Grundsätze	75
2. Vereinbarungen zur Bestimmung des Unterhalts	77
a) Die Bestimmung des Unterhalts für das minderjährige Kind	78
b) Die Unterhaltsvereinbarung mit dem volljährigen Kind	79
3. Form der Vereinbarung zum Kindesunterhalt	81
a) Offene Stellvertretung	81
b) Bestellung eines Ergänzungspflegers	82
c) Vertrag zugunsten Dritter	82
III. Das Bestimmungsrecht der Eltern	83
1. Grundsätze zum Bestimmungsrecht	83
2. Vereinbarungen zum Bestimmungsrecht	86
IV. Die Bedürftigkeit des Kindes	88
1. Das nicht erwerbspflichtige Kind	88
a) Grundsätze zur Bedürftigkeit	88
b) Vereinbarungen bei fehlender Erwerbspflicht	89
2. Die Obliegenheit des Kindes zur Ausbildung	93
a) Grundsätze zur Obliegenheit einer Ausbildung	93
b) Vereinbarungen zum Unterhalt bei Obliegenheit zur Ausbildung	93
3. Das erwerbspflichtige Kind	95
a) Grundsätze zur Bedürftigkeit bei Erwerbspflicht	95
b) Vereinbarungen zur Erwerbspflicht	95
4. Ausbildungsunterhalt	96
a) Grundsätze zur Gewährung von Ausbildungsunterhalt	96
b) Vereinbarungen zum Ausbildungsunterhalt	99
5. Einkommen und Vermögen des Kindes	102
V. Der Barbedarf des Kindes	105
1. Das Maß des zu gewährenden Unterhalts	105

2.	Regelbedarf, Existenzminimum und luxuriöse Lebensstellung	106
a)	Grundsätze zum unterschiedlichen Bedarf	106
b)	Vereinbarung zum Bedarf	108
3.	Mehrbedarf des Kindes	108
a)	Grundsätze zum Mehrbedarf	108
b)	Vereinbarung über pauschalierten Mehrbedarf	110
4.	Sonderbedarf des Kindes	111
VI.	Die Leistungsfähigkeit des Unterhaltsschuldners	112
VII.	Kindesunterhalt im Wechselmodell	115
1.	Die Grundlagen des Wechselmodells	115
2.	Die Berechnung des Kindesunterhalts im Wechselmodell	117
3.	Die Vereinbarung von Kindesunterhalt im Wechselmodell	119
VIII.	Besondere Probleme beim Kindesunterhalt	122
1.	Beiderseitige Barunterhaltspflicht	122
a)	Die Betreuung je eines gemeinsamen Kindes	122
b)	Fremdbetreuung eines Kindes	123
c)	Ungleichgewichtige Einkommens- und Vermögensverhältnisse	124
2.	Kindergeld und Unterhalt	125
a)	Die Berücksichtigung des hälftigen Kindergeldes	126
b)	Die Berücksichtigung des vollen Kindergeldes	127
c)	Das Kindergeld beim Wechselmodell	128
3.	Die Fassung des Unterhaltstitels	130
a)	Der statische Unterhaltstitel	130
b)	Dynamisierter Kindesunterhalt	131
4.	Freistellungsvereinbarungen der Eltern	132
5.	Auskunft	133
a)	Auskunftsanspruch zwischen Eltern	133
b)	Auskunftsanspruch zwischen Eltern und Kindern	134
6.	Enkelunterhalt	136
a)	Grundsätze zur Haftung der Großeltern	136
b)	Vereinbarung zwischen Großeltern	138
B.	Abstammungsrecht	139
I.	Grundsätze zur Abstammung	139
1.	Jüngere Entwicklung des Abstammungsrechts	140
2.	Mutterschaft, § 1591 BGB	144
3.	Vaterschaft, §§ 1592 bis 1598, §§ 1600d, 1600e BGB	146
II.	Anfechtung der Vaterschaft, §§ 1599 bis 1600c BGB	149
1.	Die rechtlichen Grundlagen	149
2.	Antrag auf Anfechtung der Vaterschaft	153
3.	Vereinbarung zur Anfechtung der Vaterschaft	153
III.	Die Klärung der eigenen Abstammung	156
1.	Der gesetzliche Anspruch auf Klärung der Abstammung, § 1598a BGB	157
2.	Vereinbarung über die Klärung der Abstammung	159
3.	Anfechtung der Vaterschaft nach Klärung der Abstammung	159

C. Elterliche Sorge	160
I. Inhalt des Sorgerechts	160
1. Das Grundrecht der elterlichen Sorge	160
2. Historisches zur elterlichen Sorge	161
3. Der Umfang der elterlichen Sorge	162
4. Vereinbarung zum Umfang elterlicher Entscheidung	165
II. Die gemeinsame elterliche Sorge	167
1. Gemeinsame Ausübung der Verantwortung für das Kind	167
2. Meinungsverschiedenheiten der Eltern, § 1628 BGB	167
3. Die Vollmacht zwischen Eltern	170
III. Von der gemeinsamen zur alleinigen elterlichen Sorge	173
1. Streit um die gemeinsame elterliche Sorge	173
a) Voraussetzungen gemeinsamer Sorge	173
b) Übertragung von Teilen der elterlichen Sorge	174
c) Alleinsorge des Antragstellers	175
2. Antrag auf Regelung der elterlichen Sorge	179
IV. Von der alleinigen zur gemeinsamen elterlichen Sorge	179
1. Gemeinsame elterliche Sorge als gesetzliche Folge	179
2. Gemeinsame elterliche Sorge durch freiwillige Vereinbarung	180
a) Grundsätze zur Sorgeerklärung, § 1626a Abs. 1 Nr. 1 BGB	180
b) Vereinbarungen zur Sorgeerklärung	181
3. Gemeinsame elterliche Sorge gegen den Willen eines Elternteils	183
V. Elterliche Sorge im Trennungsfall, § 1671 Abs. 1 BGB	186
1. Gemeinsame elterliche Sorge	186
2. Einvernehmliche Alleinsorge	186
3. Streit um Alleinsorge	187
4. Regelung bei nichtehelichen Lebensverhältnissen, § 1671 Abs. 2 BGB	187
VI. Abänderung der elterlichen Sorge	188
VII. Die Herausgabe eines Kindes	189
VIII. Tod eines Sorgeberechtigten	190
1. Gemeinsame elterliche Sorge	190
2. Alleinige elterliche Sorge des verstorbenen Elternteils	192
D. Umgangsrecht	194
I. Rechtsnatur des Umgangsrechts	194
1. Umgang im Interesse des Kindes	194
a) Grundsätze	194
b) Der gerichtliche Antrag zum Umgang	196
c) Vereinbarungen zu Umgang und elterlicher Sorge	197
2. Erzwungener Umgang der Eltern	199
a) Grundsätze	199
b) Antrag auf Verpflichtung zum Umgang	200
c) Vereinbarungen zum unerwünschten Umgang	201
3. Das Wechselmodell	202
a) Grundsätze	202
b) Vereinbarung zum Wechselmodell	203

c) Die Abänderung eines praktizierten Wechselmodells	205
aa) Abänderungsgrund	205
bb) Verfahren zur Abänderung	206
II. Besondere Umgangssituationen und ihr Streitpotential	207
1. Streit um konkrete Ausgestaltung des Umgangs	207
2. Vereinbarungen zum Umgang im Einzelnen	209
3. Wohlverhaltenspflicht der Eltern	209
4. Ausgefallener Umgang	210
a) Grundsätze	210
b) Vereinbarungen zu ausgefallenem Umgang	211
5. Das Ende des Streits	214
a) Die einheitliche und konkrete Regelung	214
b) Vereinbarung über die vollständige Erfassung aller Umgangs- bereiche	215
6. Das Kind wird älter	216
III. Beschränkungen des Umgangs	218
1. Der begleitete Umgang	219
a) Der gerichtliche Antrag	220
b) Vereinbarungen zum begleiteten Umgang	220
2. Aussetzung und Ausschluss des Umgangs	222
a) Der gerichtliche Antrag auf Ausschluss des Umgangs	222
b) Vereinbarungen zum Ausschluss des Umgangs	223
3. Verfahrensfragen	224
a) Allgemeines Verfahren	224
b) Vollstreckung	225
§ 3 Vermögensauseinandersetzung zwischen Ehegatten	229
A. Vermögensauseinandersetzung zwischen Ehegatten	229
I. Abgrenzungsfragen	229
II. Güterstandsbezogene Auseinandersetzung zwischen Ehegatten	230
1. Zugewinnausgleich	230
a) Typischer Sachverhalt	230
b) Rechtliche Grundlagen	230
c) Checkliste: Zugewinnausgleich	234
aa) Berechnungstichtage	234
bb) Darlegungs- und Beweislast	234
cc) Beschaffung von Informationen und Unterlagen; Ermittlung von Aufklärungsbedarf	235
dd) Erstellung eines Bestandsverzeichnisses über das Endvermögen der F	236
ee) Auskunftsverlangen gegen M	237
ff) Wertermittlungsverlangen gegen M	237
gg) Vermeidung der Doppelberücksichtigung von Schulden und Vermögenspositionen, insbesondere des Firmenwertes, im Zugewinnausgleich und im Unterhalt?	240

hh)	Berücksichtigung und Verteilung von Verbindlichkeiten/ Gesamtschuldnerausgleich	243
ii)	Anrechenbarkeit von Vausempfängen/Berücksichtigung unbenannter Zuwendungen	246
jj)	Behandlung von (unbenannten) Zuwendungen von Verwandten an beide Ehegatten und Zurechnung zum Anfangsvermögen als pri- vilegierter Erwerb	248
kk)	Anhaltspunkte für Einwendungen aus § 1381 BGB	249
ll)	Ersetzung einer Geldforderung durch Übertragung von Vermögensgegenständen, § 1383 BGB	250
d)	Vereinbarungen zur Bewertung des Vermögens	250
aa)	Bewertung des Anfangsvermögens	251
bb)	Bewertung des Endvermögens	252
cc)	Pauschalierung und Höchstbetrag des Zugewinnausgleichs	252
dd)	Vereinbarung zur Fälligkeit des Anspruchs auf Zugewinn- ausgleich	254
e)	Außergerichtliches Vorgehen	256
aa)	Muster: Auskunftserteilung	256
bb)	Muster: Aufforderung zur Abgabe der eidesstattlichen Versicherung	258
cc)	Berechnung des Zugewinnausgleichsanspruchs	259
dd)	Anspruchsschreiben	266
f)	Auskunftsantrag/Stufenantrag	267
g)	Anmerkungen zum Muster	269
h)	Zahlungsantrag	270
i)	Anmerkungen zum Muster	274
j)	Berechnungsbeispiel Zugewinnausgleich mit Vereinbarung	275
2.	Die Gütergemeinschaft	277
3.	Allgemeiner familienrechtlicher Ausgleichsanspruch und Rückabwick- lung von Zuwendungen zwischen Ehegatten – Gütertrennungsfall	280
a)	Die Zuordnung von Vermögen	280
b)	Vereinbarungen zur Gütertrennung	281
aa)	Gütertrennung	281
bb)	Gütertrennung mit Zugewinnausgleich	283
cc)	Aufhebung der Gütertrennung	283
dd)	Sonderfall: Die Güterstandsschaukel	286
c)	Typischer Sachverhalt	287
d)	Rechtliche Grundlagen	288
aa)	Familienrechtlicher Ausgleichsanspruch wegen Mitarbeit im Be- trieb und wegen besonderer Leistungen für einen bestimmten Vermögensgegenstand	288
bb)	Rückabwicklung ehebedingter/unbenannter Zuwendungen	289
e)	Checkliste: Auseinandersetzung bei Gütertrennung	291
aa)	Prüfung der Wirksamkeit des Ehevertrages	291
bb)	Anspruchsgrundlagen außerhalb des Familienrechts	293

cc) Vorrang güterrechtlicher Bestimmungen	293
dd) Feststellungen zu Zuwendungen und überobligationsmäßigen Leistungen	293
ee) Zu berücksichtigende Gegenleistungen und Bezahlung/ersparte Kosten für Arbeitskräfte	293
ff) Rückübertragung oder Wertausgleich?	294
gg) Fiktive Zugewinnausgleichsberechnung	294
f) Vorschlag einer außergerichtlichen Auseinandersetzungsvereinbarung bei Gütertrennung	294
g) Zahlungsantrag	296
h) Anmerkungen zum Muster	300
4. Modifizierung des gesetzlichen Güterstandes	300
a) Ausschluss des Zugewinns für den Fall der Scheidung	301
aa) Ausschluss bei Rechtskraft der Scheidung	301
(1) Ausschluss des Zugewinns bei Rechtskraft der Scheidung	301
(2) Ausschluss der Verfügungsbeschränkung nach §§ 1365, 1369 BGB	302
bb) Ausschluss bei Scheitern der Ehe	302
(1) Formelle Voraussetzungen nach § 1933 BGB	303
(2) Materielle Voraussetzung: Scheitern der Ehe	305
(3) Rechtsfolgen	306
(4) Ausschluss des Zugewinns bei Scheitern der Ehe	306
b) Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns	307
aa) Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns	307
bb) Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns mit Vermeidung von Nachteilen aus Eheführung	308
cc) Zugewinnausgleich ab Geburt eines Kindes	308
dd) Zugewinnausgleich bei Erkrankung	308
c) Herausnahme von Vermögensgegenständen aus dem Zugewinn- ausgleich	309
aa) Unternehmensbeteiligungen	309
(1) Motivation	309
(2) Muster: Ausschluss jeglichen Betriebsvermögens vom Zugewinn	310
bb) Erbschaft, Schenkungen	310
(1) Motivation	310
(2) Ausschluss von Wertsteigerungen des Anfangsvermögens	311
B. Haushaltsgegenstände und Ehwohnung	312
I. Abgrenzung vorläufige/endgültige Regelungen, §§ 1361a, 1361b BGB und §§ 1568a, 1568b BGB	312
II. Haushaltsgegenstände	313
1. Typischer Sachverhalt	313
2. Rechtliche Grundlagen	313

3. Checkliste: Aufteilung der Haushaltsgegenstände	315
4. Aufteilung des Haushaltes und Auskunftsverlangen	324
5. Haushaltssachenantrag	325
III. Ehewohnung	328
1. Typischer Sachverhalt	328
2. Rechtliche Grundlagen	328
3. Checkliste: Wohnungszuweisung	331
a) Definition „Ehewohnung“	331
b) Feststellung der Rechtsverhältnisse an der Ehewohnung	332
aa) Miteigentum	332
bb) Alleineigentum	333
cc) Ehewohnung im Miteigentum eines Ehegatten mit einem Dritten	333
dd) Dienst- oder Werkwohnung	333
ee) Mietwohnung	334
c) Miete oder Nutzungsentschädigung? Verhältnis zur Unterhalts- regelung	334
d) Zuweisungskriterien	336
e) Aufwendungsersatz/Umzugskosten?	337
f) Beteiligung Dritter	337
g) Fristen	337
h) Ehescheidungsverbund	337
4. Wohnungszuweisung	338
a) Erklärung der Eheleute zur Umgestaltung des Mietverhältnisses über die Ehewohnung an den Vermieter	338
b) Erklärung zur Überlassung der Ehewohnung	338
c) Gemietete Ehewohnung	339
d) Ehewohnung im Miteigentum der Ehegatten	341
5. Vereinbarungen zur Ehewohnung	343
a) Die Ehewohnung bei Getrenntleben	343
b) Die Ehewohnung anlässlich der Scheidung	345

§ 4 Ehegattenunterhalt 347

A. Allgemeine Grundsätze	347
I. Grundstrukturen des Ehegattenunterhalts	347
1. Entstehungsgeschichte	347
a) Die ursprüngliche Fassung des Bürgerlichen Gesetzbuches	347
aa) Die Möglichkeit der Scheidung einer Ehe	347
bb) Gegenseitige Unterhaltspflicht	348
(1) Familienunterhalt	348
(2) Trennungsunterhalt	349
(3) Nachehelicher Unterhaltsanspruch	349
b) Das Ehegesetz vom 6.7.1938	350
c) Das erste EheRG vom 14.6.1976	350
d) UÄndG von 1986 und KindRG von 1997	352

e) Das Gesetz zur Änderung des Unterhaltsrechts vom 21.12.2007	352
aa) Der Grundsatz der Eigenverantwortung, § 1569 BGB	352
bb) Die Abschaffung des sog. Altersphasenmodells	353
cc) Die Pflicht zur Erwerbstätigkeit	354
dd) Die Herabsetzung/zeitliche Begrenzung von Unterhalts- ansprüchen	354
ee) Das Zusammenleben mit einem neuen Partner	355
ff) Die Rangfolge der Unterhaltsberechtigten	355
2. Grundlagen des Unterhaltsrechts	356
II. Auslandsbezug	359
B. Familienunterhalt	361
I. Die Gestaltung der Ehe	361
1. Verpflichtungen von Eheleuten	361
2. Beistand und Rücksichtnahme	364
3. Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	367
II. Die Verteilung des Einkommens	369
1. Anteilige Beiträge zum Familienunterhalt	369
a) Gleichwertigkeit der Haushaltsführung	369
b) Haushaltsführungssehe	370
c) Doppelverdienerehe	371
d) Zuverdienstehe	372
e) Nichterwerbsehe	372
2. Die Festlegung von Ausgaben	373
3. Bezifferung von Wirtschaftsgeld	375
4. Anspruch auf Taschengeld	377
5. Konkurrenz verschiedener Unterhaltsansprüche	379
C. Unterhalt für einen getrennt lebenden Ehegatten	381
I. Grundlagen	381
1. Der zeitlich begrenzte Zwang zum Getrenntleben	381
2. Abgrenzung Familien-, Trennungs- und Geschiedenenunterhalt	384
3. Entstehen des Anspruchs	386
a) Auflösung der häuslichen Gemeinschaft	386
b) Auskunftsbegehren und Verzug des Unterhaltsschuldners	389
4. Erlöschen des Anspruchs	391
II. Getrenntleben	392
1. Tatsächliches Getrenntleben	392
2. Subjektiver Trennungswille	395
III. Bedürftigkeit des Berechtigten	395
1. Zeitpunkt der Erwerbsobliegenheit nach der Trennung	396
2. Zumutbarkeitsabwägung zur Erwerbsobliegenheit	399
a) Kinderbetreuung	399
b) Alter	401
c) Krankheit oder Gebrechen	401
d) Gemeinsamer Lebensplan der Ehegatten	403
e) Ausbildung	403

f) Frühere Erwerbstätigkeit	404
g) Dauer der Ehe	405
h) Dauer der Trennung	406
i) Wirtschaftliche Verhältnisse	407
3. Fortsetzung einer ausgeübten Erwerbstätigkeit	407
4. Fiktive Zurechnung von Einkünften	409
5. Einkünfte des Unterhaltsberechtigten	410
a) Versorgungsleistungen für einen neuen Partner	410
b) Wohnvorteil	411
c) Einkommen aus Vermögen	413
d) Berechnung von Einkünften aus unzumutbarer Tätigkeit	414
IV. Maß des Trennungsunterhaltes	417
1. Bemessungszeitpunkt	417
2. Umfang des Unterhaltsbedarfs	419
a) Elementarunterhalt	419
aa) Quotenunterhalt	419
bb) Konkrete Bedarfsberechnung	421
b) Ausbildungsunterhalt	425
c) Mehrbedarf	426
d) Sonderbedarf	427
e) Sonderfall Umzugskosten	429
f) Verfahrenskostenvorschuss	430
g) Unterhalt für die Vergangenheit, die Zukunft und Überzahlungen	433
3. Vorsorgeunterhalt	435
a) Altersvorsorge	435
aa) Höhe des Vorsorgeunterhalts	437
bb) Berechnung von Altersvorsorgeunterhalt	438
cc) Antrag zur Altersvorsorge	440
b) Krankenvorsorge	441
4. Wohnen und Trennungsunterhalt	444
a) Berechnung des Wohnwertes	444
b) Nutzung des Ferienhauses	445
c) Bedarfsminderung durch Wohnvorteil	446
d) Neuer Lebensgefährte	446
e) Bedarfserhöhung durch Wohnen	447
f) Veräußerung des Familienheims	448
V. Fallbeispiele	448
1. Betreuungsunterhalt bei Getrenntleben	448
a) Typischer Sachverhalt	448
b) Außergerichtliches Vorgehen	449
aa) Das Einkommen des Schuldners ist bekannt	449
bb) Das Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt	450
c) Auskunftsantrag/Stufenantrag	451
d) Zahlungsantrag	455

2.	Alters- und Krankheitsunterhalt bei Getrenntleben	459
a)	Typischer Sachverhalt	459
b)	Außergerichtliches Vorgehen	459
aa)	Das Einkommen des Schuldners ist bekannt	459
bb)	Das Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt	460
c)	Auskunftsantrag/Stufenantrag	461
d)	Zahlungsantrag	461
D.	Der nacheheliche Unterhaltsanspruch	462
I.	Allgemeine Grundsätze	462
1.	Eigenverantwortung und Unterhaltsanspruch	463
2.	Einheitlicher Unterhaltsanspruch	465
3.	Beginn und Ende des Unterhaltsanspruchs	467
4.	Kapitalabfindung statt Unterhalt, § 1585 Abs. 2 BGB	470
5.	Tod des Unterhaltspflichtigen	472
a)	Unterhaltspflicht als Nachlassverbindlichkeit	473
b)	Pflichtteilsverzicht und § 1586b BGB	474
c)	Sonderfall: Der quasi-nacheheliche Unterhaltsanspruch	476
6.	Sonderfragen	477
a)	Unterhalt für die Vergangenheit, Verzug	477
b)	Sonderbedarf	480
c)	Verfahrenskostenvorschuss	486
d)	Pfändung und Verjährung	489
e)	Rückforderung von Unterhalt	492
aa)	Ansprüche aus unerlaubter Handlung	492
bb)	Ansprüche aus Vollstreckungsrecht	494
cc)	Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung	495
dd)	Wegfall der Bereicherung	495
II.	Betreuungsunterhalt, § 1570 BGB	499
1.	Grundsätze zum Betreuungsunterhalt	499
a)	Die Betreuungsphasen	499
aa)	Erster Zeitraum	499
bb)	Zweiter Zeitraum	500
cc)	Dritter Zeitraum	500
b)	Gemeinschaftliches Kind	500
c)	Pflege und Erziehung	501
2.	Betreuungsunterhalt bis zum dritten Lebensjahr des Kindes	502
a)	Vorrang elterlicher Betreuung	502
b)	Einkommen des Berechtigten	503
3.	Betreuungsunterhalt ab Vollendung des dritten Lebensjahres des Kindes	504
a)	Vorrang der Fremdbetreuung	504
b)	Umfang der Erwerbsobliegenheit	505
c)	Vorhandene Möglichkeiten der Fremdbetreuung	507
d)	Darlegungs- und Beweislast	509
e)	Die unterhaltsverstärkende Vereinbarung: das Altersphasenmodell . . .	510

4.	Fallbeispiel Betreuungsunterhalt	511
a)	Außergerichtliches Vorgehen	511
b)	Auskunftsantrag/Stufenantrag	512
c)	Zahlungsantrag	512
5.	Verlängerter Unterhaltsanspruch aus elternbezogenen Gründen	513
6.	Barunterhaltspflicht des betreuenden Elternteils	516
7.	Begrenzung des Betreuungsunterhalts	517
8.	Einsatzzeitpunkt Betreuungsunterhalt	519
9.	Anschlussunterhalt zum Betreuungsunterhalt	521
III.	Unterhalt wegen Alters, § 1571 BGB	522
1.	Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	522
2.	Das Alter des Berechtigten	523
3.	Der Einsatzzeitpunkt	525
4.	Begrenzung und Herabsetzung des Anspruchs	526
5.	Darlegungs- und Beweislast	528
IV.	Unterhalt wegen Krankheit, § 1572 BGB	529
1.	Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	529
2.	Krankheit, Gebrechen, körperliche oder geistige Schwäche	530
3.	Der Einsatzzeitpunkt	532
4.	Begrenzung und Herabsetzung des Anspruchs	534
5.	Darlegungs- und Beweislast	535
6.	Fallbeispiel Krankheitsunterhalt	537
a)	Checkliste: Unterhalt wegen Krankheit	537
b)	Außergerichtliches Vorgehen	537
c)	Auskunftsantrag/Stufenantrag	538
7.	Zahlungsantrag	538
V.	Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit, § 1573 Abs. 1, Abs. 3, Abs. 4 BGB	539
1.	Normzweck des § 1573 BGB	539
2.	Anspruchsvoraussetzungen	539
a)	Subsidiarität des Unterhaltsanspruches	540
b)	Bemühen um angemessene Erwerbstätigkeit gem. § 1574 Abs. 2 BGB	540
3.	Einsatzzeitpunkt	541
4.	Umfang und Dauer des Anspruches	543
5.	Darlegungs- und Beweislast	544
6.	Fallbeispiel Unterhalt wegen Erwerbslosigkeit	545
a)	Checkliste: Unterhalt wegen Arbeitslosigkeit	546
b)	Außergerichtliches Vorgehen	546
aa)	Das Einkommen des Schuldners ist bekannt	546
bb)	Das Einkommen des Schuldners ist nicht bekannt	547
c)	Auskunftsantrag/Stufenantrag	548
d)	Zahlungsantrag	553
VI.	Aufstockungsunterhalt, § 1572 Abs. 2 BGB	557
1.	Normzweck und Anspruchsvoraussetzungen	557
2.	Angemessene Erwerbstätigkeit	558

3.	Nicht unerhebliches Einkommensgefälle	559
a)	Erheblichkeit unterschiedlicher Einkünfte	559
b)	Berechnungsmethoden des Einkommensgefälles	560
4.	Der Einsatzzeitpunkt	562
5.	Umfang und Dauer des Anspruches	562
6.	Darlegungs- und Beweislast	563
7.	Fallbeispiel Aufstockungsunterhalt	564
a)	Checkliste: Unterhalt wegen nur geringen Einkommens	564
b)	Außergerichtliches Vorgehen	564
c)	Auskunftsantrag/Stufenantrag	564
d)	Zahlungsantrag	565
VII.	Ausbildungsunterhalt nach § 1574 Abs. 3 i.V.m. § 1573 Abs. 1 BGB	566
1.	Normzweck, Anspruchsvoraussetzungen	566
a)	Erforderlichkeit der Ausbildung	566
b)	Erwartung eines erfolgreichen Ausbildungsabschlusses	567
c)	Chance angemessener Erwerbstätigkeit	567
2.	Umfang der Ausbildungsobliegenheit	567
3.	Konkurrenzen	568
4.	Darlegungs- und Beweislast	568
VIII.	Ausbildungsunterhalt nach § 1575 BGB	569
1.	Normzweck	569
2.	Subsidiarität, Konkurrenzen	570
a)	Anspruch auf Ausbildungsförderung	570
b)	Vorrang des Anspruchs nach § 1575 BGB	570
3.	Anspruch auf Ausbildung, § 1575 Abs. 1 BGB	571
a)	Begriff und Art der Ausbildung	571
b)	Ehebedingte Nichtaufnahme oder Abbruch der Ausbildung	572
c)	Erforderlichkeit der Ausbildung	572
d)	Beginn der Ausbildung	573
e)	Erwartung des erfolgreichen Abschlusses der Ausbildung	573
f)	Erwartung einer angemessenen Erwerbstätigkeit	574
4.	Anspruch auf Fortbildung und Umschulung, § 1575 Abs. 2 BGB	574
a)	Anspruchsvoraussetzungen nach § 1575 Abs. 2 BGB	574
b)	Ausgleich ehebedingter Nachteile	575
5.	Umfang des Unterhalts	575
6.	Dauer des Unterhalts nach § 1575 Abs. 1, 2 BGB	576
7.	Verpflichtungen des Anspruchstellers	577
8.	Erwerbslosenunterhalt, § 1575 Abs. 3 BGB i.V.m. § 1573 BGB	577
9.	Herabsetzung des Unterhalts	578
10.	Darlegungs- und Beweislast	578
IX.	Unterhalt aus Billigkeitsgründen, § 1576 BGB	579
1.	Normzweck	579
2.	Anspruchsvoraussetzungen	579
a)	Sonstige schwerwiegende Gründe	579
b)	Grobe Unbilligkeit	579

3.	Einsatzzeitpunkt	580
4.	Billigkeitsabwägung	581
5.	Einzelfälle	581
6.	Begrenzung und Befristung des Unterhaltsanspruchs	584
7.	Konkurrenzen	584
8.	Darlegungs- und Beweislast	585
E.	Der Vorsorgeunterhalt	585
I.	Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit	585
1.	Grundsätze	585
2.	Verhältnis zum Elementarunterhalt	586
3.	Berechnung von Krankenvorsorgeunterhalt	587
4.	Geltendmachung und Zweckbestimmung des Krankheitsvorsorgeunterhalts	588
5.	Der gerichtliche Antrag	589
II.	Vorsorgeunterhalt wegen Alters	589
1.	Sozialrechtliche Aspekte	589
2.	Familienrechtliche Aspekte	590
3.	Verhältnis zum Elementarunterhalt	591
4.	Berechnung von Altersvorsorgeunterhalt	592
5.	Geltendmachung und Zweckbestimmung des Altersvorsorgeunterhalts	594
6.	Der gerichtliche Antrag	595
III.	Berechnung von Krankenvorsorge und Altersvorsorge	595
1.	Berechnung von Krankheits- und Altersvorsorge	595
2.	Der gerichtliche Antrag	597
F.	Rangverhältnisse und Mangelfall	597
I.	Rangverhältnisse und Selbstbehalt	597
1.	Der Rang des Unterhaltsberechtigten	598
2.	Der Selbstbehalt des Unterhaltsverpflichteten	599
3.	Vorrangiger Bedarf des neuen Ehegatten	602
4.	Sozialgrenze	603
5.	Erhöhung und Herabsetzung des Selbstbehaltes	603
a)	Gemeinsame Haushaltsführung	603
b)	Abweichende Wohnkosten	604
c)	Auslandsfälle	606
d)	Umgangskosten	606
II.	Voraussetzungen des Mangelfalls nach §§ 1581, 1603 BGB	607
1.	Der Sollbereich	608
2.	Der Haben-Bereich	610
G.	Steuerrechtliche Hinweise	612
I.	Realsplitting	612
1.	Vorteile und Nachteile des Realsplitting	613
2.	Pflichten und Obliegenheiten des Gläubigers	614
3.	Pflichten und Obliegenheiten des Schuldners	615
4.	Unterhaltsberechnung bei Realsplitting	616

II. Wiederverheiratung des Unterhaltsschuldners	616
III. Bestmögliche Ausnutzung von steuerlichen Möglichkeiten	617
H. Sonstiges	619
I. Unterhaltsvorschussgesetz	619
II. Antrag auf Abzweigung von Sozialleistungen	620
III. Sozialhilfe und Arbeitslosengeld II	620
IV. Grundsicherung gemäß SGB XII	622
§ 5 Einstweiliger Rechtsschutz nach dem FamFG	625
A. Einleitung	625
B. Allgemeine Grundsätze	625
I. Voraussetzungen	625
II. Zuständigkeit	626
III. Allgemeine Grundsätze zum einstweiligen Rechtsschutz nach dem FamFG	628
1. Verfahren	628
a) Antragserfordernis	628
b) Begründungspflicht	628
c) Glaubhaftmachung	629
d) Glaubhaftmachungslast	630
e) Mündliche Verhandlung	631
f) Kosten und Gebühren	631
2. Aufhebung und Änderung der einstweiligen Anordnung (§ 54 FamFG)	631
3. Vollstreckung und Aussetzung der Vollstreckung (§§ 53, 55 FamFG)	632
4. Rechtsmittel (§ 57 FamFG)	633
5. Negative Feststellungsklage	634
6. Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	635
7. Notwendige anwaltliche Vertretung	635
C. Die einzelnen Eilentscheidungsbereiche	636
I. Allgemeines Verfahren in Unterhaltssachen	636
II. Prozesskostenvorschuss	637
1. Allgemeine Grundsätze	637
a) Vorschusspflicht unter Ehegatten	637
b) Vorschusspflichten gegenüber Kindern	639
c) Besonderheiten bei Kindern nicht verheirateter Eltern	641
d) Vorschusspflicht bei sonstigen Familienstreitsachen	641
2. Muster/Beispiele	642
a) Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung auf Kosten- vorschusszahlung nach §§ 49 ff., 246 Abs. 1 FamFG für einen Unterhaltsantrag (außerhalb der Ehesache)	642
b) Anmerkungen zum Muster	644
c) Kosten des Vorschussverfahrens	644
d) Vorschussverfahren in Ehesachen	645
e) Antrag auf Erlass einer einstweiligen Anordnung für Kosten- vorschuss in einer Ehesache	646
f) Anmerkungen zum Muster	648

III. Einstweilige Anordnung in Unterhaltssachen	649
1. Personenkreis der Berechtigten	649
2. Inhalt der einstweiligen Anordnung auf Leistung von Unterhalt	649
3. Rechtsbehelfe und Außerkrafttreten der einstweiligen Anordnung	651
a) Einschränkung der Rechtsbehelfe	651
b) Antrag auf Aufhebung oder Änderung nach § 54 Abs. 1 FamFG	651
c) Außerkrafttreten	652
aa) Notwendigkeit der Befristung	652
bb) Einzelfälle nach § 56 FamFG	652
(1) Fristbestimmung des Gerichts	653
(2) Wirksamwerden einer anderweitigen Regelung	653
(3) Vaterschaftsfeststellungsverfahren	653
(4) Antragsverfahren	653
4. Kosten und Gebühren für das einstweilige Verfahren in Unterhalts- sachen	654
a) Gerichtskosten	654
b) Anwaltsgebühren	654
5. Unterhalt bei minderjährigen Kindern und Ehegattenunterhalt	654
a) Muster: Einstweilige Unterhaltsanordnung nach §§ 49 ff. 249 FamFG	654
b) Unterhaltsumfang nach Einleitung des Ehescheidungsverfahren	657
c) Einstweilige Anordnung zur Unterhaltszahlung nach Einleitung des Ehescheidungsverfahrens	658
d) Anmerkungen zum Muster	661
e) Unterhaltsanordnung und Arrestverfahren	661
aa) Anwendungsbereich	662
bb) Verfahrensgrundsätze	662
cc) Arrestanspruch und Arrestgrund	663
dd) Glaubhaftmachung	665
ee) Zuständigkeit des Gerichts	665
ff) Inhalt der Arrestanordnung	665
gg) Besonderheiten beim Kindesunterhalt	665
hh) Antrag auf Arrestanordnung	666
IV. Besonderheiten des einstweiligen Rechtsschutzes in FGG-Familiensachen	668
1. Grundsätzliches	668
2. Kreis der einstweiligen Anordnungen in FGG-Familiensachen	668
V. Einstweiliger Rechtsschutz in Kindschaftssachen (§ 111 Nr. 2 i.V.m. § 151 FamFG)	668
1. Allgemeines	668
2. Einstweiliger Rechtsschutz im Bereich der elterlichen Sorge	669
a) Allgemeines	669
b) Regelungsbedürfnis	671
c) Vermögenssorge	672
3. Einstweilige Anordnung zum Umgangsrecht	674
a) Allgemeines	674

b) Inhalt des Antrages	674
c) Einstweilige Anordnung zum Umgangsrecht	675
d) Einstweilige Anordnung zum Umgang des Kindes mit dritten Personen	676
e) Weitere Beispiele	676
4. Eilentscheidungen bei Kindesherausgabe	677
a) Allgemeines	677
b) Rechtsbehelfe und Vollstreckung	678
c) Einstweilige Anordnung auf Kindesherausgabe	678
d) Anmerkungen zum Muster	680
e) Besonderheiten bei Kindesentführung ins Ausland (§ 6 Abs. 2 SorgRÜbkAG)	681
aa) Rechtliche Grundlagen	681
bb) EG-Bereich	682
cc) Einstweilige Anordnung bei Kindesentführung ins Ausland	682
VI. Eilentscheidungen in Wohnungszuweisungs- und Haushaltssachen	683
1. Gesetzeslage	683
2. Vorläufige Regelung in der Ehewohnungssache	683
a) Begriff der Wohnung	683
b) Zuständigkeit des Gerichts	684
c) Kosten und Gebühren	684
d) Ge- und Verbote	685
e) Einstweilige Anordnung auf Regelung hinsichtlich der Ehe- wohnung	685
f) Anmerkungen zum Muster	686
3. Einstweilige Anordnung in Haushaltssachen	688
a) Begriff der Haushaltssache	688
b) Verbot auf Entfernung/Gebot, entfernten Hausrat zurückzuschaffen . .	689
c) Kosten und Gebühren	690
VII. Einstweilige Anordnung in Gewaltschutzsachen	690
1. Gesetzeslage	690
2. Kreis der Berechtigten	691
3. Einstweilige Anordnung in Gewaltschutzsachen	692
4. Anmerkungen zum Muster	694
5. Kosten und Gebühren	696
6. Rechtsmittel	696
VIII. Einstweilige Anordnung in Güterrechtsangelegenheiten	696
1. Anwendbare Vorschriften	696
2. Zuständigkeit	697
3. Kosten und Gebühren	697
4. Beispiele	698
a) Dinglicher Arrest zur Sicherung eines künftigen Zugewinn- ausgleichs	698
b) Weitere Beispiele für einstweilige Anordnungen	699

IX. Einstweilige Anordnung in „sonstigen Familiensachen“ (§§ 266–268 FamFG)	699
1. Allgemeine Grundsätze	699
2. Einstweiliger Rechtsschutz	701
3. Weitere Beispiele	701
§ 6 Die gleichgeschlechtliche Ehe	703
A. Ehe für alle – Die Eheschließung für Personen gleichen Geschlechts	703
B. Die Eingetragene Lebenspartnerschaft	705
I. Rechtliche Grundlagen	705
II. Begründung der Lebenspartnerschaft	708
III. Aufhebung der Lebenspartnerschaft	708
1. Rechtliche Grundlagen	708
2. Antrag auf Aufhebung einer eingetragenen Lebenspartnerschaft	709
3. Anmerkungen zum Muster	711
4. Verbundanträge	711
a) Güterrechtliche bzw. vermögensrechtliche Auseinandersetzungen	712
b) Auseinandersetzungen um Haushaltsgegenstände und Wohnung	712
c) Unterhalt	712
§ 7 Familienrechtliche Vereinbarungen	713
A. Grundsätze zu Vereinbarungen im Familienrecht	713
I. Gegenstand von Vereinbarungen	713
1. Ehevertrag	713
2. Trennungs-/Scheidungsfolgenvereinbarungen	714
II. Formerfordernisse	715
1. Ehevertrag	715
2. Trennungs-/Scheidungsfolgenvereinbarung	716
III. Die Grenzen der Vertragsgestaltung	717
1. Schutz vor unangemessener Benachteiligung	718
2. Vertragsfreiheit und Inhaltskontrolle	719
3. Erwägungen in der Rechtsprechung zur Wirksamkeitskontrolle	724
IV. Ergänzende Hinweise	726
V. Schlussfolgerungen für Eheverträge	727
B. Vereinbarungen zu Beginn der Ehe (vorsorgende Eheverträge)	728
I. Muster zu vorsorgenden Eheverträgen	729
1. Allgemeiner Eingangstext zu einem Ehevertrag	729
2. Ehevertrag bei früherer Scheidung und Kindern aus früherer Ehe	729
3. Ausländisches Recht	731
4. Rechtswahl in vorsorgendem Ehevertrag	734
II. Güterrechtliche Vereinbarungen	734
1. Regelungen im Rahmen des gesetzlichen Güterstandes	735
a) Die Eigentumsvermutung, § 1362 BGB	735
b) Verfügungsbeschränkungen, §§ 1365, 1369 BGB	736
c) Beschränkung und Ausschluss von Geschäften, § 1357 BGB	738

2.	Die Gütertrennung	739
a)	Vereinbarung der Gütertrennung	739
b)	Aufhebung der Gütertrennung	742
c)	Sonderfall: Die Güterstandsschaukel	742
3.	Die Modifizierung des gesetzlichen Güterstandes	744
a)	Ausschluss des Zugewinns für den Fall der Scheidung	744
b)	Auflösend bedingter Ausschluss des Zugewinns	746
c)	Herausnahme von Vermögensgegenständen aus dem Zugewinn- ausgleich	747
aa)	Unternehmensbeteiligungen	747
bb)	Erbschaft, Schenkungen	750
d)	Vereinbarungen zur Bewertung des Vermögens	751
aa)	Bewertung des Anfangsvermögens	751
bb)	Bewertung des Endvermögens	752
cc)	Pauschalierung und Höchstbetrag des Zugewinnausgleichs	753
dd)	Vereinbarung zur Fälligkeit des Anspruchs auf Zugewinn- ausgleich	754
e)	Die Ehegatteninnengesellschaft	755
f)	Die Gütergemeinschaft	758
4.	Die Ausländerehe	759
5.	Eintragung in das Güterrechtsregister	761
6.	Sonderfall: Der Deutsch-Französische Wahlgüterstand	762
III.	Vereinbarungen zum Familienleben	763
1.	Gestaltung der Ehe	763
a)	Die Verpflichtung zur ehelichen Lebensgemeinschaft, § 1353 BGB . .	763
b)	Beistand in persönlichen Angelegenheiten	766
c)	Beistand in wirtschaftlichen Angelegenheiten	769
d)	Bestimmung des Ehenamens, § 1355 BGB	770
e)	Geschäfte zur Deckung des Lebensbedarfs	772
2.	Vereinbarungen zur Erwerbstätigkeit	775
a)	Regelung der Erwerbstätigkeit, Mitarbeit im Betrieb	775
b)	Zeitlich unterschiedliche Berufstätigkeit	777
c)	Studium und Erwerbstätigkeit	778
IV.	Vereinbarungen zum Familienunterhalt	779
1.	Festlegung von Ausgaben	779
a)	Konkrete Festlegung von Einzelbeträgen	779
b)	Bezifferung von Wirtschaftsgeld	782
c)	Vereinbarung zum Taschengeld	782
d)	Altersversorgung	783
aa)	Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	783
bb)	Alterssicherung im Familienunterhalt	786
2.	Geiz-Vereinbarung	787
3.	Luxus-Vereinbarung	788

4.	Steuerliche Regelungen	791
5.	Vereinbarung zum Unterhalt für voreheliche Kinder	792
V.	Vereinbarungen zum Kindschaftsrecht	793
1.	Der Name des Kindes	793
a)	Der Vorname	793
b)	Der Nachname	796
2.	Die Ausgestaltung gemeinsamer elterlicher Sorge	797
a)	Vereinbarung gewaltfreier Erziehung	798
aa)	Der Grundsatz gewaltfreier Erziehung	798
bb)	Vereinbarung gewaltfreier Erziehung	798
b)	Vereinbarung zu Pflege und Erziehung des Kindes	799
aa)	Grundsätze	799
bb)	Vereinbarung Grundsätzen zu Pflege und Erziehung	799
c)	Vereinbarung religiöser Kindererziehung	802
d)	Schul- und Berufsausbildung	802
3.	Elterliche Sorge	803
a)	Die Folgen vor- oder nachgeburtlicher Eheschließung	803
b)	Die Vollmacht zwischen Eltern	805
aa)	Die unbeschränkte Vollmacht	806
bb)	Die zeitlich beschränkte Vollmacht	809
cc)	Die inhaltlich begrenzte Vollmacht für Dritte	811
C.	Trennungs- und Scheidungsfolgenvereinbarungen	812
I.	Muster zu Trennungs- und Scheidungsfolgenvereinbarungen	813
1.	Allgemeiner Eingangstext für eine Trennungs- und Ehescheidungs- folgenvereinbarung	813
2.	Grundsätze einer Regelung bei Trennung und Scheidung	813
II.	Vereinbarungen zum Zugewinn	814
1.	Verzicht auf Zugewinnausgleich	814
2.	Modifizierung und Teilverzicht	815
a)	Zugewinn und Unterhaltsverzicht	815
b)	Unterhalt und Güterrechtsverzicht	816
c)	Zugewinn und Verzicht auf Versorgungsausgleich	817
d)	Zugewinn und sonstiger Verzicht	820
III.	Vereinbarungen zum Trennungsunterhalt	821
1.	Unterhaltsverzicht	821
2.	Nichtgeltendmachung von Unterhalt	823
3.	Zulässige Regelungen zum Trennungsunterhalt	824
4.	Vorsorgeunterhalt wegen Krankheit und Pflege	826
5.	Salvatorische Klauseln	828
6.	Versöhnung der Eheleute	830
IV.	Vereinbarungen zum nachehelichen Unterhalt	831
1.	Grundsätze	831
a)	Modifizierende Vereinbarung	831
b)	Novierende Vereinbarung	831

2.	Die unterhaltsverstärkende Vereinbarung	832
a)	Vereinbarung des Altersphasenmodells	833
b)	Der unbefristete Festbetrag	834
c)	Kranken- und Altersvorsorge	837
aa)	Altersvorsorgeunterhalt	837
bb)	Krankenvorsorgeunterhalt	838
cc)	Kombination Kranken- und Altersvorsorge	840
d)	Übernahme sonstiger Kosten	841
3.	Der Unterhaltsverzicht	842
a)	Verzicht auf Betreuungsunterhalt, § 1570 BGB	842
aa)	Die Maßstäbe der Rechtsprechung	842
bb)	Mögliche Vereinbarungen zum Unterhaltsverzicht	843
cc)	Vereinbarung zur Anrechnung von Einkünften	844
dd)	Vereinbarung zur Verlängerung des Basisunterhalts	846
b)	Verzicht auf Anschlussunterhalt zum Betreuungsunterhalt	847
c)	Verzicht auf weitere Unterhaltstatbestände	848
d)	Verzicht und Abfindung	849
e)	Begrenzung auf einen Höchstbetrag	854
f)	Zeitliche Befristung	855
aa)	Zeitunterhalt	855
bb)	Einbeziehung der Verrentung	856
4.	Kombination von Verzicht und Unterhaltsverstärkung	858
a)	Unterhaltsverstärkung mit Unterhaltsverzicht	859
b)	Unterhaltsverstärkung mit Güterrechtsverzicht	860
c)	Unterhaltsverstärkung mit Verzicht auf Versorgungsausgleich	860
d)	Unterhaltsverstärkung mit sonstigem Verzicht	861
5.	Die salvatorische Klausel	861
6.	Formelle und zeitliche Regeln	862
a)	Trennungsunterhalt	864
b)	Nachehelicher Unterhalt	865
aa)	Sittenwidrigkeit	866
bb)	Wertsicherung	866
cc)	Abänderung	867
V.	Sonstige familienrechtliche Vereinbarungen	869
D.	Ehewohnung und Haushaltssachen	869
I.	Ehewohnung	869
1.	Gemietete Ehewohnung	869
2.	Eigentumswohnung	872
3.	Ehewohnung und Teilungsversteigerung	872
a)	Grundsätze	872
b)	Vereinbarungen zur Teilungsversteigerung	873
II.	Haushaltssachen	880
1.	Begriffe, Definitionen	880
2.	Die Haushaltssachen sind verteilt	881

3. Die Haushaltssachen werden verteilt	881
a) Naturalteilung	881
b) Ausgleich der Haushaltssachen in Geld	882
III. Vereinbarungen zum Versorgungsausgleich	882
1. Ausschluss des Versorgungsausgleichs	882
2. Teilausschluss des Versorgungsausgleichs	884
a) Inhaltlicher Ausschluss	884
b) Zeitliche Einschränkung	885
3. Verrechnungen	885
IV. Nichtdurchführung einer Scheidung	888
1. Versöhnung	888
2. Erschwerung der Scheidung	890
Stichwortverzeichnis	891
Download-Hinweise	903